

AKTUELL

DROHENDE MASSENÜBERWACHUNG

Kritik an Chatkontrolle

Joël Adami

Bislang kann man in den „Chats“ verschiedenster Dienste verschlüsselt und damit relativ sicher kommunizieren. Nun wirbt die dänische EU-Ratspräsidentschaft für einen Vorschlag, das zu beenden. Ein offener Brief von Wissenschaftler*innen spricht sich gegen die Kontrolle aus, und in Luxemburg kommt Kritik von den „Jonk Demokraten“.

Seit Jahren versucht die EU-Kommission, ihr Vorhaben der sogenannten „Chatkontrolle“ umzusetzen. Dabei soll die verschlüsselte Kommunikation, wie sie von unterschiedlichsten Online-diensten angeboten wird, innerhalb der EU automatisiert nach Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern (CSAM) durchsucht werden. Dies würde zum Beispiel den Messenger „Signal“ betreffen, der bislang als sehr sicher gilt. Mehrmals versuchte die Kommission erfolglos, die EU-Mitgliedsstaaten auf Linie zu bringen und im Rat das nötige Quorum für eine Änderung zu erreichen. Im Juli brachte Dänemark, das aktuell die Ratspräsidentschaft innehat, einen neuen Vorschlag ein. Doch auch der wird scharf kritisiert.

So äußerten die „Jonk Demokraten“, die Jugendorganisation der DP, in einer Pressemitteilung ihren Unmut über die geplante Regelung. Diese etabliere „anlasslos Massenüberwachung“ und stelle „die Bevölkerung unter Generalverdacht“. Auch wenn die EU-Kommission es „scanning“ nennt, hebt die Überprüfung jeder Kommunikation auf CSAM die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aus, die im Zentrum dieser Technik steht. Nur auf diese Weise können Journalist*innen, Mediziner*innen, Anwält*innen und ja, auch Politiker*innen, sicher kommunizieren – ohne Gefahr zu laufen, abgehört zu werden.

Staatliches Einfallstor für Hacker*innen

Argumentativ in die gleiche Kerbe schlägt ein offener Brief von über 600 Wissenschaftler*innen aus 35 Ländern, der sich ebenfalls gegen den dänischen Vorstoß ausspricht. Unter ihnen sind auch fünf Forscher der Uni Luxemburg, die sich allesamt mit Computersicherheit beschäftigen, demnach also Experten auf dem Gebiet sind. Sie warnen gemeinsam mit ihren Kolleg*innen aus dem Ausland vor der „Chatkontrolle“, die in ihren Augen nicht nur ein massiver Eingriff in die Grundrechte von EU-Bürger*innen wäre, sondern auch ihr gesetztes Ziel nicht erreichen könne:

Jeder Detektionsmechanismus könnte leicht umgangen werden. „Bestehende Forschungsergebnisse bestätigen zudem, dass selbst modernste Detektoren inakzeptabel hohe Raten an Fehlalarmen und Fehldetektionen erzeugen würden, wodurch sie für groß angelegte Detektionskampagnen im Umfang von Hunderten von Millionen von Nutzern, wie sie in der vorgeschlagenen Verordnung gefordert werden, ungeeignet sind“, heißt es in dem offenen Brief – die „Chatkontrolle“ würde also Ermittler*innen binden, die Fotos von Bürger*innen aussortieren müssten, die sich nichts zu Schulden kommen ließen. Gerade bei Jugendlichen, die einvernehmlich Fotos austauschten, bestünde die Gefahr, dass die Detektionsmechanismen ihre Kommunikation ungerechtfertigt als CSAM brandmarkt und diese an Ermittlungsbehörden weitergeleitet wird.

Auch dem Vorschlag, URLs, die zur Verbreitung von CSAM genutzt werden, automatisch zu erkennen, erteilen die Forscher*innen eine Abfuhr, denn dies sei viel zu leicht zu umgehen. An eine technische Wunderlösung glauben die Expert*innen nicht: „Alle Sicherheits- und Datenschutzstudien in diesem Bereich deuten übereinstimmend darauf hin, dass die Probleme, die sie [die Detektionssysteme] unzuverlässig machen, systemimmanent sind und auch in Zukunft nicht beseitigt werden können.“ Führe man einen Detektionsmechanismus ein, wäre dies künftig eine Schwachstelle, dank derer potenzielle Angreifer*innen auf persönliche Daten zugreifen könnten – ein staatlich verordnetes Eingangstor für Hacker*innen auf jedem Gerät.

Statt einer Massenüberwachung und Systemen zur Altersüberprüfung, wie sie vor kurzem im Vereinigten Königreich eingeführt wurden, empfehlen die Kritiker*innen der Chatkontrolle vor allem Aufklärung, Hotlines, in denen Meldungen über Missbrauch gemacht werden können. Vor allem aber müsse der Missbrauch selbst verhindert werden – dann werde auch das entsprechende Material nicht mehr weiterverbreitet.

In Antworten auf parlamentarische Fragen hat sich die Luxemburger Regierung bisher immer gegen die Chatkontrolle ausgesprochen, so zum Beispiel im Juni und Oktober letzten Jahres. Eine entsprechende Anfrage zum neueren dänischen Vorschlag seitens des Chamber-Abgeordneten Sven Clement (Piratenpartei) hat die Regierung ähnlich beantwortet: Sie ist gegen die Massenüberwachung und will diese Position auch auf europäischem Parkett verteidigen.

SHORT NEWS

Recht auf Schwangerschaftsabbruch

(ja) – Am 15. September 2025 um 9 Uhr ruft der Planning Familial zu einer Kundgebung vor der Abgeordnetenversammlung in Luxemburg-Stadt auf. Anlass ist die Forderung, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung zu verankern. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wurde 2024 von der Partei Déi Lénk eingebracht. Ziel ist es, die körperliche Selbstbestimmung gebärfähiger Menschen dauerhaft zu schützen – und gesetzliche Rückschritte in Zukunft zu verhindern. Während LSAP und Déi Gréng den Vorstoß unterstützen, zeigen sich die Regierungsparteien bislang zurückhaltend. Die ADR lehnt die Verfassungsänderung offen ab. Das zeigt: Reproduktive Rechte sind auch in Luxemburg keine Selbstverständlichkeit. Feministische Organisationen wie Planning Familial und CID Fraen an Gender setzen sich daher seit Langem für einen stärkeren rechtlichen Schutz und verlässliche Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen ein. Die Verankerung in der Verfassung soll unmissverständlich klarstellen: Körperliche Selbstbestimmung ist ein Grundrecht – und darf nicht zum politischen Spielball werden. Die Organisator*innen der Kundgebung rufen alle auf, am 15. September gemeinsam ein Zeichen für den verfassungsrechtlichen Schutz reproduktiver Rechte zu setzen.

Strafverfolgung für Schüsse auf Rettungsschiff

(tf) – Wegen des bewaffneten Angriffs auf eines ihrer Schiffe hat die Hilfsorganisation „SOS Méditerranée“ Ende vergangener Woche in Italien eine Strafanzeige eingereicht. Am 24. August war der Seenotrettungskreuzer „Ocean Viking“ von als „lybische Küstenwache“ firmierenden bewaffneten Banden in internationalen Gewässern zwanzig Minuten lang beschossen worden („Schüsse auf Seenotretter“; woxx 1851). „Die Strafanzeige fordert die Strafverfolgung wegen versuchten mehrfachen Mordes, versuchten Schiffbruchs, Sachbeschädigung an einem Schiff sowie weiterer Straftaten, die die Justizbehörden für zutreffend halten“, so eine Pressemitteilung der Hilfsorganisation. Die italienische Staatsanwaltschaft hatte ihrerseits bereits mit Ermittlungen in dem Fall begonnen. Die Europäische Union „sei aktiv an diesen Verbrechen beteiligt“, kommentierte der französische EU-Abgeordnete Mounir Satouri von den Grünen, der dem Menschenrechtskomitee des EU-Parlaments vorsitzt. SOS Méditerranée fordert die EU auf, die Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache sofort zu beenden und die Zuständigkeit der libyschen Seite für die Such- und Rettungsregion vor ihrer Küste durch die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) überprüfen zu lassen.

woxx@home

Willkommen zurück, Tessie!

(woxx) – So sehr wir uns in der woxx-Redaktion mit unserem Beruf identifizieren: Manchmal gibt es im Leben einfach wichtigere Dinge, die alle Aufmerksamkeit einfordern. Die Geburt eines Kindes gehört ganz sicher dazu. Deswegen war es uns wichtig, dem Wunsch unserer Mitarbeiterin Tessie Jakobs, sich ein Jahr lang gänzlich Quinn widmen zu können, zu entsprechen. In dieser Zeit haben wir sie – obwohl sehr gut vertreten – natürlich schmerzlich vermisst! Umso mehr freut es uns, sie mit dieser Ausgabe zurück im Team der woxx begrüßen zu dürfen. Gemeinsam mit unseren Leser*innen blicken wir gespannt feministischen Analysen von Filmen und Serien sowie kritischen Auseinandersetzungen mit gesellschaftspolitischen Themen entgegen. Doch Lektüre ist nicht alles: Natürlich hoffen wir auch auf das eine oder andere gemeinsame Feierabendbier.